



Pressemitteilung

Breites Bündnis fordert Bundesregierung zur Sicherung der Finanzierung der Weiterbildung auf

BDP begrüßt Forderung des Bundesrates

Berlin, 29. September 2023: Der Bundesrat hat heute einen Entschließungsantrag ([BR-Drs. 403/23](#)) angenommen, mit dem er die Bundesregierung auffordert, die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung zu sichern. Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) begrüßt den Beschluss des Bundesrates ausdrücklich.

„Mit einem Beschluss der Bundesländer setzt der Bundesrat ein klares Signal in Richtung Bundesregierung, die Finanzierung der Weiterbildung gesetzlich zu regeln und so für kommende Generationen von Absolvent*innen eine Planungssicherheit zu schaffen, die letztlich auch die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung langfristig sichert“, so BDP-Präsidentin Thordis Bethlehem. Spätestens mit dem ersten Versorgungsgesetz sollte das Bundesgesundheitsministerium den Beschluss des Bundesrats umsetzen. Im Entschließungsantrag stellt der Bundesrat fest, dass die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung Voraussetzung dafür ist, genügend Weiterbildungsplätze zu schaffen und damit die Psychotherapeutenausbildungsreform umzusetzen.

Auf den dringenden Handlungsbedarf wurde bereits mit einer Bundestagspetition aufmerksam gemacht, die Anfang Juli 2023 im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung beraten wurde. Der Student Felix Kiunke hatte mit der Unterstützung eines breiten Bündnisses aus der Psychologie-Fachschaften-Konferenz sowie Verbänden, Kammern und Fachgesellschaften verdeutlicht, dass die Finanzierung der Weiterbildung gesetzlich geregelt werden muss, um den psychotherapeutischen Nachwuchs nicht zu gefährden. Ohne eine ausreichende Finanzierung wird es nicht genug Weiterbildungsstellen für Psychotherapeut*innen geben. Der Abschluss einer Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut*in im Anschluss an das Psychologiestudium mit Approbation ist aber Voraussetzung für die Niederlassung in einer ambulanten Praxis und die Abrechnung mit der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ansprechpartner

Bettina Genée
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon: +49176 58868222
Mail: presse@bdp-verband.de

Links:

Entschließungsantrag des Bundesrats: <https://dserver.bundestag.de/brd/2023/0403-23.pdf>
Empfehlung der Ausschüsse im Bundesrat: https://www.bundesrat.de/Shared-Docs/TO/1036/erl/14.pdf?_blob=publicationFile&v=1
Pressemappe zur Petition: https://api.bptk.de/uploads/Pressemappe_2023_06_29_89983bba7d.pdf